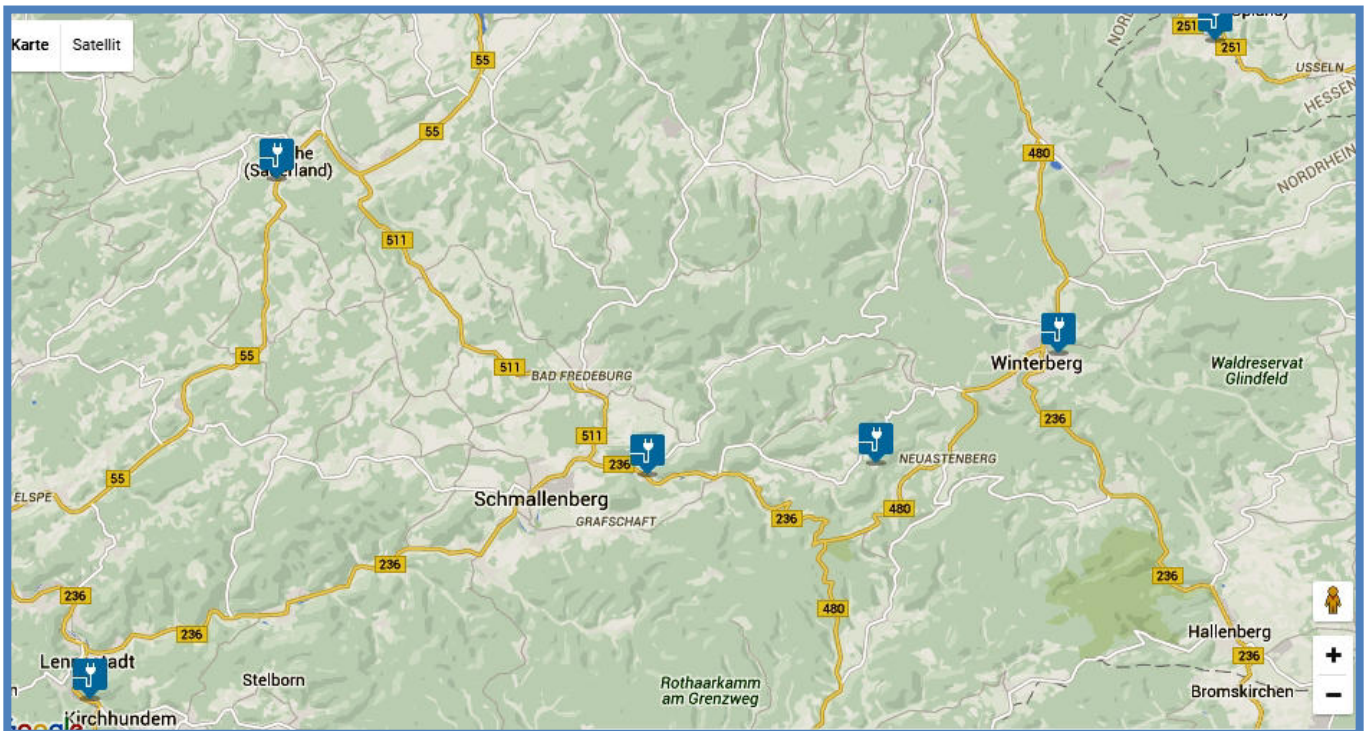


Ladestationen für E-Autos

Die Ladekarte fürs Sauerland sieht sehr bescheiden aus. Im gesamten Stadtgebiet von Schmallenberg ist nur die private Ladestation am Hotel Deimann in Winkhausen ausgewiesen:



Im Nov. 2011 hat die UWG den Antrag gestellt Ladestationen für E-Bikes im Sauerland zu errichten. Jetzt gibt es diese in Schmallenberg und in Bad Fredeburg.

Durch die staatliche Förderung beim Kauf eines E-Autos bis zu 4000 Euro werden demnächst auch Gäste von auswärts hier eine Ladeinfrastruktur voraussetzen. Die Stadt muss hier als Klimakommune einen entscheidenden ersten Schritt tun und für E-Autos Ladestationen schaffen. Dies wird auch durch die Ladesäulenoffensive der Bundesregierung gefördert.

Die Elektromobilität wird zunehmen, deshalb ist es jetzt an der Zeit, auch Ladestationen für E-Autos zumindest in den beiden Hauptorten Schmallenberg und Bad Fredeburg zu errichten. Das ist nicht ganz so einfach, denn ohne einen starken Stromanschluss geht heute nichts mehr. Da ist es optimal, wenn der Netzbetreiber RWE mit ins Boot genommen wird, um die Standortmöglichkeiten auszuloten, und letztendlich auch die Stationen zu errichten. Die Stadt kann prüfen welche Kooperation und staatliche Förderung möglich ist und evtl. Grundstück/Parkplatz zur Verfügung stellen.

Die UWG hat deshalb bei der Verwaltung einen Antrag gestellt, mind. zwei Ladestationen für E-Autos zu errichten. Diese sollten in den Hauptorten Schmallenberg und Bad Fredeburg stehen.

Die Brücke zur Besteckfabrik Fleckenberg wird endlich saniert



Die Brücke über die Wiesenstraße zur Besteckfabrik in Fleckenberg weist seit einigen Jahren erhebliche Schäden an den Fundamenten auf. Sie war deshalb zeitweise ganz gesperrt und wurde dann wieder für Fußgänger und Radfahrer geöffnet.

Die UWG-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, die Brücke mit ihren jetzigen Nutzungsmöglichkeiten zu erhalten und diese lediglich gründlich zu sanieren. Dabei spielte auch der Aspekt eine Rolle, dass der Pachtvertrag mit dem Eigentümer des Besteckmuseums in 15 Jahren ausläuft und ein Folgevertrag unsicher ist.

Mit der Vorlage IX/366 vom 4.9.2015 hat dann der Rat die Verwaltung beauftragt, mehrere Neubauvarianten als Alternativlösungen zu einer Sanierung der Brücke zu planen. Dabei ging es um den Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke und alternativ um den Neubau einer Pkw-Brücke.

Ergebnis: Die Sanierungskosten werden auf über 70.000 € zzgl. Nebenkosten bei einer Nutzungsdauer von 15-20 Jahren geschätzt. Der Neubau als reine Fußgänger- und Radfahrerbrücke würde demgegenüber rund 140.000 € zzgl. Nebenkosten und als Pkw-Brücke zwischen 220.000 € und 250.000 € zzgl. Nebenkosten verursachen.

Seitens der Verwaltung wurde die Variante - Neubau als Fußgänger- und Radfahrerbrücke – wegen der längeren Nutzungsdauer favorisiert (trotz der doppelt so hohen Kosten gegenüber einer Sanierung).

Auf nochmaligen Vortrag der UWG-Fraktion, die Sanierungsvariante als wirtschaftlichste Lösung zu beauftragen, hat der Rat in seiner Sitzung vom 28.4.2016 diese Variante beschlossen.

Dabei mag geholfen haben, dass gewisse Unsicherheiten wegen privater Nutzungsrechte eines Landwirts aus dem Flurbereinigungsverfahren nicht endgültig geklärt waren.

Kinderspielplätze

Die UWG-Fraktion hatte am 25.10.2015 beantragt, zur Verbesserung der Sicherheit unserer Kinderspielplätze einheitliche Hinweisschilder mit Notrufnummer aufzustellen. Bislang gab es zum Teil gar keine Beschilderung, zum Teil aber sehr unterschiedliche Schilder. Der Jugendhilfeausschuss hat am 8.3.2016 einstimmig beschlossen, unseren Vorschlag umzusetzen.



Einheitliche Schilder für jeden Spielplatz

Zur Zeit existieren in der Stadt Schmallenberg 123 öffentliche Spiel- und Bolzplätze (ohne die Spielflächen bei den Kindertageseinrichtungen und Schulen) auf einer Fläche von 116.835 qm.

Mit der Vorlage IX/375 vom 7.9.2015 wurde auf Vorschlag der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss über das Spielplatzkonzept der Stadt Schmallenberg informiert und beraten.

Die für die Verkehrssicherheit der Spielplätze eingesetzten städtischen Mitarbeiter beobachten seit einiger Zeit, dass die öffentlichen Einrichtungen weniger genutzt werden als noch vor einigen Jahren. Hier spielen sicher die demografische Entwicklung und die Konkurrenz durch private Spiel- und Freizeitflächen eine Rolle.

Deshalb soll mit dem Ziel: „Mehr Qualität statt Quantität“ das vorhandene Spielplatzkonzept überarbeitet und ein möglicher Rückbau von Spiel- und Bolzplätzen geprüft werden. Im

Gegenzug sollen einige Spielplätze aufgewertet werden. Die Nutzungsintensität der 123 Spielplätze wurde in einer Tabelle erfasst. Daraus geht auch hervor, welche Spielflächen möglicherweise künftig nicht mehr benötigt werden.

Auf unsere Anfrage hin erfuhren wir, dass es bislang in dieser Sache keine Fortschritte gibt. Die Verwaltung arbeitet noch daran. Wir berichten weiter.

Das Straßenunterhaltungskonzept der Stadt muss verbessert werden



Das Problem:

Seit Jahren wird in Schmallenberg zu wenig Geld in die Straßenunterhaltung gesteckt. Daher können nur die allernotwendigsten Maßnahmen, wie die Beseitigung von Gefahrenstellen -z. B. Schlaglöcher- (vom Bauhof) erledigt werden. Das für Einzelmaßnahmen zur Verfügung stehende Geld wird nur in die Unterhaltung der Gemeindeverbindungsstraßen gesteckt. Die UWG fordert deshalb schon seit Jahren, die Mittel für die Straßenunterhaltung aufzustocken. Dies wird aber ebenso regelmäßig von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Die Folge:

Die Straßensubstanz leidet im Laufe der Jahre so stark, dass irgendwann Unterhaltungsmaßnahmen keinen Sinn mehr machen. Es verbleibt dann nur noch die grundlegende Erneuerung im Tiefausbau, die zu großen Teilen durch Anliegerbeiträge nach § 8 KAG finanziert werden muss. Durch die von der CDU unterstützte Änderung der Straßenbaubeitragsatzung zum 01.01.2015 hat sich dieses Problem nochmals verschärft! Die Beiträge stiegen z. B. bei Anliegerstraßen für die Fahrbahn von 50 % auf 65 % der Baukosten, für Gehwege und Parkstreifen von 50 % auf 70 %. Das bedeutet für die Anlieger eine Erhöhung um 30 % (Fahrbahn) bzw. 40 % (Gehweg)! Ganz aktuell hat der Bund der Steuerzahler die hohen Anliegerbeiträge (hier für den Kreis Olpe mit bis zu 80 %) kritisiert und eine Beitragsgrenze von nicht mehr als 50 % für Anliegerstraßen gefordert.

Der Festlegung der zum Ausbau vorgesehenen Straßen erfolgt i. d. R. durch Aufnahme in den Haushaltsplan bzw. die mittelfristige Finanzplanung. Der Auswahl der Straßen liegt aber kein schlüssiges und objektives Konzept zu Grunde, d. h., es ist nicht (immer) nachvollziehbar, warum eine Straße zum Ausbau vorgesehen wird.

Die Lösung:

Es ist ein strukturiertes Straßenunterhaltungs- und -sanierungsprogramm zu entwickeln. Dazu ist in einem ersten Schritt der Zustand aller Straßen zu erfassen. Dann sind die Straßen in Kategorien (von 1 = sehr gut bis 5 = verschlissen) einzustufen. Die Straßen, deren Substanz weitgehend oder ganz verschlissen ist (z. B. Note 4 und 5) können nur noch durch einen kompletten Ausbau (=KAG-Maßnahme) wiederhergestellt werden. Für diese Straßen ist eine Rangliste aufzustellen, nach welcher die Erneuerung durchgeführt werden soll.

Straßen, die in Zustandsklasse 3 eingruppiert sind, sind zu beobachten und -falls erforderlich- rechtzeitig zu unterhalten, z. B. durch Erneuern der Verschleisssschicht oder Aufbringen einer dünnen Asphaltsschicht im Kalteinbauverfahren (DSK). Durch solche Maßnahmen kann die Lebensdauer in der Regel deutlich verlängert werden, und das bei überschaubaren Kosten. Bei Straßen der Kategorie 2 dürften i. d. R. nur punktuelle Mängel auftreten, die vom Bauhof preiswert behoben werden können.

Durch dieses Konzept wäre es erstmals möglich, die für die Unterhaltung bzw. Instandsetzung der städtischen Straßen erforderlichen Finanzmittel festzustellen und im städtischen Haushalt bereit zu stellen. So könnte sichergestellt werden, dass

- die Auswahl der zu unterhaltenden bzw. zu erneuernden Straßen nach objektiven Kriterien erfolgt,
- Straßen nach Möglichkeit rechtzeitig kostengünstig (aus Steuermitteln) instandgesetzt werden und
- Die die Anlieger unmittelbar belastenden KAG-Maßnahmen weniger werden, da die Lebensdauer der Straßen steigt.

Schülerticket: Zu Lasten der jungen Leute auf der Strecke geblieben

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in unserer ländlichen, bevölkerungsschwachen Region ein Stiefkind. Junge Leute weisen immer wieder darauf hin, dass speziell die Beförderung außerhalb der Schulzeiten und Schulwege ein ernsthaftes Problem darstellt.

Seit Beginn des Schuljahres 2014/2015 kommen die Schülerinnen und Schüler in unseren Nachbarkreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein in den Genuss des „Schülertickets“. Es ermöglicht Freifahrt an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr in allen Bussen und Bahnen in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe. Das Schülerticket verschafft so den Kindern und Jugendlichen aus diesen beiden Kreisgebieten mehr Mobilitätsmöglichkeiten, Freiräume und Verkehrssicherheit.

Aufgrund dessen hat die UWG am 20.08.2015 beantragt, dass die Stadt Schmallenberg mit dem Hochsauerlandkreis Kontakt aufnimmt, ob ein solches Schülerticket nicht auch auf HSK-Gebiet möglich wäre. Maßgabe dabei war ganz klar, dass die Kontaktaufnahme erst dann erfolgen sollte, wenn der Rat das mehrheitlich so wünschte. Die Verwaltung ist aber (nicht zum ersten Mal) vorgeprescht und hat sofort den Kontakt zum Kreis gesucht. Dieser hat seinerseits auf kreisweite Kosten von 3 Mio. Euro hingewiesen, eine Behandlung zugesagt und zwischenzeitlich ganz abgelehnt.

In gewisser Weise hat die Verwaltung billigend in Kauf genommen, dass der Kreis der Meinung war, eine Minderheit in Schmallenberg habe eine Idee, die man nicht weiter ernst zu nehmen brauche. Eine sachliche Erörterung, inwieweit die Städte und Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kreis ein solches „Schülerticket“ stemmen können, ist zu Lasten der jungen Leute auf der Strecke geblieben.

Campingmöglichkeiten auch bei uns schaffen

Camping und Urlaub mit Wohnmobilen ist in Deutschland eine absolute Wachstumsbranche. Während es in NRW 2004 noch 198 Campingplätze gab, waren es 2014 schon 305 (+ 54 %). Im gleichen Zeitraum konnte in NRW eine Steigerung der Übernachtungen auf Campingplätzen um 39,5 % festgestellt werden. In 2014 waren das 1,6 Mio. Übernachtungen, in 2015 schon 1,7 Mio.

In Schmallenberg fristet der Campingtourismus bisher eher ein Schattendasein, obwohl Schmallenberg viel Erholungswert zu bieten hat und die Stadt wie auch die Tourismusunternehmen in diesen Markt viel investieren. Schmallenberg nimmt am Wachstum des Camping- und auch Wohnmobilmarktes bisher nur unzureichend teil. Das muss sich unbedingt ändern.

Wir sehen die Vorteile von zusätzlichem Angebot für Camper und Wohnmobiltouristen insbesondere in folgenden Punkten:

- Erhöhung der Attraktivität der Urlaubsregion Schmallenberg durch ein zusätzliches Angebot für diese speziellen und mobilen Urlaubergruppen
- Zusätzliche Umsätze für den örtlichen Einzelhandel, die Gastronomie und die privaten Freizeiteinrichtungen
- Verbesserung der Auslastung von öffentlichen Einrichtungen wie SauerlandBAD, Wellenfreibad Schmallenberg, Museen, Veranstaltungen im öffentlichen Bereich
- Breitere Vermarktung der touristischen Attraktionen in Schmallenberg
- Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen

Die UWG Schmallenberg wird beantragen, das Thema „Weiterentwicklung des Camping- und Wohnmobilurlaubs“ im Stadtgebiet Schmallenberg kurzfristig in die politische Diskussion einzubringen.

Im Focus sollte dabei stehen, die Wachstumschancen, die dieses Geschäftsfeld bietet, stärker als bisher zu nutzen und die Freizeitmöglichkeiten zu erweitern, die die Stadt für diese spezielle Urlaubergruppen bieten kann.

Die notwendige Verwaltungsarbeit sollte vom Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Beirat der Kur- und Freizeit GmbH begleitet werden. Sollte sich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe als notwendig herausstellen, sollte der Rat diese einsetzen.

UWG-Redaktionsteam „Mitgliederbrief“:

Dieter Eickelmann, Gilbert Förtsch ,
Dietmar Weber, Stefan Wiese